

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Abonnement

Im Halle vierteljährlich 2 M., durch die Post bezogen 2 M. 50 Pf., monatlich 1 M. 67 Pf., einmonatlich 84 Pf., ggf. Belegungen werden von allen Reichs-Postanstalten angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: S. S. Dr. A. Wolf in Halle.

Inserate

weder pro Spalte als 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Resten pro Zeile 40 Pf.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Siebentziger Jahrgang.

Nr. 100.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 2. Mai

1883.

Zum Stunde der Frage des Simplon-Durchschliffs.

Im französischen Senate haben bekanntlich seine Zeit die Herren Deputierten zum Durchschliff des Simplon beantragt. Eine nähere Prüfung dieses Antrages führte zu dessen Verwerfung. Da aber der von Frankreich so sehr geliebte Gotthardbahn, welche vor dem 1870er Kriege die französischen Gesandten so sehr entzündet hatte, daß es kaum mehr bei spanischer Königfrage bedürft hätte, um uns den Krieg zu erklären, durchaus von französischer Seite eine Konturrenz gemacht werden will, so tauchte der Antrag der Herren Lombard und Genossen auf, welcher die Errichtung einer neuen, in ihrer Art einzigen internationalen Bahn Calais-Marseille, über Vologne, Beauvais, Paris, Lyon und Avignon, mit Embouchuren auf schon bestehenden Bahnen nach Dijon und der Schweiz, nach St. Etienne, nach Clermont-Ferrand und im Süden nach Genua antreibt, welche Bahn den Zweck hat, der Gotthardbahn vom Nordwesten her eine große Konturrenz zu machen, und sie soll mit dem besten höchsten Komfort ausgestattet werden und eine Verkehrs-Verbindung von 100 bis 120 Kilometer per Stunde möglich machen. Da sie soll sogar Marseille um 8 bis 10 Stunden Paris näher bringen. Gleichzeitig wird für Personen eine Ermäßigung von 50 Prozent, für Güter und gewöhnliches Gut eine solche von 50 und beziehungsweise 20 Prozent herausgerechnet.

Wegen der Verbindung dieser Bahn mit Italien ist noch die Frage offen, ob sie durch den Simplon oder den Montblanc gehen soll. Man trägt sich mit dem Plane, die Ausführung dieser großen Idee einer Vereinigung der französischen Bahnen zu überlassen und diese sind bis jetzt so sehr davon erwidert, daß sie nicht einmal eine Subvention, sowie auch keine Garantie des Staates dafür in Anspruch nehmen wollen. Gleichwohl wird behauptet, daß diese Bahn den drei großen französischen Bahnen West-, Nord- und der Südbahn großen Schaden bringen könne, denn diese Feinde ja schon jetzt teilweise einer Verwüsthung ihres Verkehrs nicht mehr gewachsen sind und bis zu der 5 bis 10 Jahre bedauernden Vollendung der neuen Bahn würden sie ohnehin ihren Verkehr bis zum Grabe der Unbezugbarkeit gelähmt haben. Die Kosten dieser großen neuen Bahn sind auf 1 1/2 bis 2 Milliarden veranschlagt.

Man sieht, daß die Franzosen in dieser Frage ungemein rührige Leute sind und auch von Milliarden nicht zurückschrecken, wenn es einer großen Idee gilt. Was nun das Verhalten der mittheilnehmenden Staaten, nämlich der Schweiz und Italiens, anbelangt, so ist es wohl begründet, daß, nachdem für diese neue Bahn eine Staatsubvention nicht verlangt wird, nicht nur die Idee selbst mit offenen Armen aufgenommen wurde, sondern daß auch ein förmlicher Zeitungs-, Prospekt- und Städtekrieg darüber entbrannt ist, ob diese Bahn des Heils durch den Simplon oder durch den Montblanc oder sonstwie noch besser geführt werden soll.

Das in solchen Fragen sehr beachtete, weil in den intimsten Beziehungen zu Königin Elisabeth, "Journal des Debats" will wieder die Notwendigkeit eines Simplon-Durchschliffes, noch solche einer neuen Bahn Calais-Marseille anerkennen. Es meint, daß, wenn man schon einmal riesige Summen für ein neues Projekt ausgegeben will, so werde man besser seine Aufmerksamkeit auf Spanien und man grabe mit dem Gelde lieber ein Loch auf der Seite von Kolumbe in die Pyreniden, damit man aus dem Centrum Frankreichs sich einen direkten Weg

nach Madrid verschaffe. Ob dieser vielleicht weit bessere Rath befolgt werden wird, steht dahin. In Italien sowie in der Schweiz erwidert man nicht, die Vorteile der Einfahrt geschriebener Ideen nachzuweisen. Versammlungen auf Versammlungen sowie Festungs-Artikel gehen uns Unbedachte. Zwischen den Comités der Schweiz, welche sich um die Frage freiten, ob Simplon- oder Montblanc-Durchschliff, wird der Krieg durch Durchschliffe geführt. Die beiden bemerkenswertheu derselben sind erstens jene des früheren Simplon-Direktors Lomuel, welcher seine eigene Tracé gegen jene der Westschweiz verteidigt, so bald die eingehende Erwiderung hierauf seitens des angegriffenen Simplon-Comités selbst, welches letztere den Franzosen mit dem Nachweise schmeichelt, daß nur ein Durchschliff des Simplon der Gotthardbahn wirklich schaden könne, überdies komme der Durchschliff des Montblanc viel zu teuer und er könne höchstens nur dem Mont-Cenis-Berkehr schaden. Auch widerlegt diese Schrift mehrere in der 1881er französischen Kammer-session gegen den Simplon-Durchschliff erhobene Einwände.

Es läßt sich zur Zeit nicht feststellen, ob mehr oder weniger ernsthafte Chancen für den Durchschliff des Simplon in der französischen Kammer vorhanden sind, wenn sie nunmehr bald an die Entscheidung dieser neuerdings vorliegenden Frage geht. Aber es ist anzunehmen, daß die so mächtigen französischen Bahnen das obige Projekt Calais-Marseille-Simplon oder Montblanc mit Hartnäckigkeit weiter verfolgen werden. Der Durchschliff des Simplon würde dem Verkehr der Gotthardbahn freilich enormen Schaden zufügen. Die italienische Regierung hat, wie wir bereits mittheilten, vor wenigen Tagen ihre Abneigung gegen den Simplon-Durchschliff ausgesprochen und sich somit auf die Seite Deutschlands gestellt. Ministerien aber denken ab, die Bewegung für diese Linie aber bleibt und die Idee wird nicht eher verrathen bis wenigstens der Montblanc-Durchschliff effectuirt und damit eine Konturrenz geschaffen sein wird.

Politische Uebersicht.

Die Kandidaten für die Besetzung des Gouverneurpostens im Libanon tauchen auf und wieder, aber das übereinstimmende Wohlgefallen der interessirten Mächte vermag keiner zu finden. Ein tiefer Sinn liegt aber oft im unsichtbaren Spiele — so auch hier. Dem Hintergrund für die so unlosbare Gouverneurfrage bildet nämlich der Widerstreit zwischen den englischen und französischen Interessen in Syrien. Italien möchte, wie aus Cyprien, so Frankreich auch aus Syrien verdrängen und Frankreich möchte sich das nicht gefallen lassen. Es ist daher nicht grade unmöglich, daß uns nochmals Ueberzählungen geboten werden, wie sie f. Z. mit dem Bombardement von Alexandrien begannen. Was Europa anlangt, so ergreift es in dem vorliegenden Falle ebenbürtig gegen Frankreich als für England Partei, sondern hält an seinem zuwartenden Standpunkte fest, der allerdings zur Vorauslegung hat, daß die Libanonfrage, die während der Amtszeit Austriens sein Objekt für diplomatische Vorgriffe gewesen ist, sich auch jetzt nicht zu einem solchen auswasche.

In Paris ist am Sonntag von den hierzu designirten Vertretern Frankreichs und Oesterreichs-Ungarns eine Konvention unterzeichnet worden, mittels welcher der zwischen beiden Staaten bestehende Weisbegünstigungs-Vertrag bis Ende Februar 1884 prolongirt wird. Die stürmischen Vorgänge, welche sich während der letzten Tage in den Räumen des Wiener Parlamentsge-

bäuses abspielten, müssen — so schreibt uns unser Wiener O-Korrespondent — auch den ferneren Steigen zu der Ueberzeugung bringen, welche man in den Koulours des Abgeordnetenhause täglich von den Mitgliedern der Opposition wiederholen hört, zu der Gewissheit, daß die Verhältnisse auf einen Punkt gebracht sind, auf welchem eine normale Weiterentwicklung des parlamentarischen Kampfes geradezu unmöglich erscheint. Die Minorität plant einen entscheidenden Coup, der sicherlich schon in'szenirt worden wäre, wenn nicht eine Anzahl der rühmlichen und gemäßigtesten Angehörigen der deutschliberalen Partei ihre Zustimmung verweigert hätte. Jeder Zug bringt jedoch neue förmliche Szenen und damit auch neue Anlässe für die Vertreter des Projectes eines äussersten Schrittes. Man wird nicht überdacht sein dürfen, wenn die Situation plötzlich bis zu diesem hochpolitischen Wendepunkte gebracht ist. In der Domfrage, um Rumänien zur Aufnahme der Beschlüsse der londoner Konferenz zu bestimmen, wird, wie die "N. Fr. Pr." berichtet, keinesfalls vor dem 10. Mai stattfindende Eröffnung der rumänischen Kammer erfolgen. Man wird wahrscheinlich die rumänische Eröffnungsgesandtschaft und die darauf in Aussicht gestellte detaillierte Antwort des rumänischen Kabinetts auf die Granville'sche Note abwarten. In Wiener politischen Kreisen hält man es für so ziemlich ausgemacht, daß Rumänien den Donauvertrag verwerfen wird.

Fürst Orloff, der Botschafter Rußlands bei der französischen Republik, hat an den Maire von Rouart, Departement der Ardennen, ein Schreiben gerichtet, worin er anzeigt, daß der Kaiser von Rußland tausend Franken als Beitrag zum Denkmal für den General Ghanz angewiesen habe. Dieser Beweis von russischer Freundschaft wird wohl kaum ein ausreichendes Pfänder auf die Wunde sein, welche die Tripel-Allianz den Herren Franzosen geschlagen. Der Kriegsminister Ribaudon bereitet durchgeführte Personal-Veränderungen im großen Generalstab vor, der die nicht gut republikanischen Elemente zu entfernen. Der deutsche Lärm noch in Erinnerung sein dürfte, hielt am Sonntag in seinem neuen Vereinslokale einen geselligen Abend ab, zu welchem der Botschafter Fürst Hohenlohe, sämtliche Herren der Botschaft und viele andere hervorragende Mitglieder der deutschen Kolonie erschienen waren. — Die französische Kammer beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Gesetze, durch welches die Deportirung rückfälliger Verbrecher geregelt werden soll. — Am Sonntag erfolgte am Montparnasse-Kirchhof die Entfaltung des Deutschland für Valentin, den fräuzberger Pfaffen während der Belagerung. Senator Scherer-Kellner sagte in seiner Rede u. a.: An der äußersten Spitze gegenüber jener Schwarzmalthe, welche behändig daran erinnert, daß der Nachbar der Feind ist, lernen die Kinder vom frühesten Alter an Lieben und Hassen; Valentin, an dem brennenden Liebel lebend, an dem wir alle leben, an der Verhimmelung oder Abwesenheit des Vaterlandes, hat bis an seinen Tod den vertrauensvollen Prothymus bewahrt. Er sah in der Zukunft den Tag der Vergeltung, auf den unser regenerirtes Land Anspruch hat und den Triumph der Gerechtigkeit, auf den Triumph der Gewalt folgend. —

Am Montag ist nunmehr das ungarische Oberhaus in die Beratung des von dem Abgeordnetenhause angenommenen Gesetzes über die Mittelschulen eingetreten. Nachdem einige Redner für und wider gesprochen, ergriff Ministerpräsident Tisza das Wort. Er führte aus, die Vorlage halte den bisherigen Stand der Institution und Rechte der kat-

Hermann Schulze-Dehlig's 1.

II.

Die Umwälzungen des Jahres 1848 trafen ihn dem beliebigen Stillleben; denn sein Befreier fand sich, den Kreis Dehlig in der durch die Wahlen des 8. Mai nach Berlin einberufenen Nationalversammlung zu vertreten. In dieser ersten auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten preussischen Volksvertretung gehörte er dem linken Centrum an, das unter Führung von Berg und Kobertow zwar ebenso wie die links verfassungsmäßige Rechte wollte, aber einen völligen Bruch mit der Vergangenheit vermied. Er befasste sich fleißig an den Kommissionsarbeiten und redete deshalb wenig im Plenum. U. a. fand er an der Spitze der Kommission, welche die 1600 aus den Handwerker- und Arbeiterkreisen eingereichten Petitionen sozialpolitischer Inhalts zu sichten hatte. Seine politische Jansenisterei hielt er am 8. Juni 1848, als ein Antrag der Linken auf Anerkennung der Märzrevolution die Gemüther erregte. Die Berichterstattung über den zwischen Militär und Bürgerwehr der Stadt Schwerin ausgebrochenen Konflikt, der unerwartet große Bedeutung annahm, da er das Einvernehmen zwischen den Ministern und der Versammlung trübte, wurde an Schulze übertragen, ohne daß er mit seinen vermittelnden Ansichten die Linken überbrücken konnte. Als am 10. Nov. die Nationalversammlung wiederrechtlich aufgelöst war und ihr Widerspruch sich vergeblich erwies, suchte sie ihre Beratungen in anderen Räumen fortzusetzen und wies dies am 14. Nov. gestellten Antrag, dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern, zur Verberathung in eine Kommission. Namens derselben beauftragte schon am nächsten Tage der Abg. von Kirchmann die Annahme des Antrages. Es war der letzte Tag der ersten preussischen Nationalversammlung, die diesmal, soweit sie noch bestanden war, das Mißgeschick total unter den Fingern aufgefischt hatte. Schulze im Verein mit Philipps und Schornbaum milderten den schroffen Wortlaut des Antrages dahin, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, so lange die Nationalversammlung nicht ungestört ihre Berathung in Berlin fortzusetzen vermag. Während der Berathung über

die beiden Anträge drang das Militär in den Saal, um die Volksvertretung zu sprengen; man mußte eiligst zur Abstimmung schreiten und in der entsetzten Aufregung traten alle einstimmig dem Schulze'schen Antrage bei. Für seine Abwehre der rabulischen Strömung hat ihm die Regierung später übel gehalten. Wegen des Beschlusses selbst und der ihm vorausgegangenen Neben waren die Abgeordneten niemandem verantwortlich, dagegen suchte man ihnen wegen der Berberthung des Steuererweigerungsbeschlusses unter ihren Wählern beizumessen und legte sie ihnen als Aufforderung zum Austritt aus. Auf Grund dieser Anlage wurde Schulze mit 41 anderen Mitgliedern der Nationalversammlung anfangs 1850 in Berlin vor die Geschworenen gestellt. Die Verhandlungen dieses fassamen, anscheinend in voller Absicht auf eine Massenurtheil angelegten Prozesses begann am 4. Febr. und endete erst am 21. Febr. mit der Freisprechung, von der nur Professor Buder ausgenommen war. Am 8. Febr. wurde der Angeklagte Schulze verhaftet. Das Vergehen der neuen bürgerlichen Bürger über sein Verleben und politisches Verhalten anknüpfte die an diesem Tage durch einen Affessor v. Nadeck vertretene Staatsanwaltschaft in allen ihren Anschuldigungen. Insbesondere behauptete sie, daß alle Briefe, die Schulze in dem kritischen November des Jahres 1848 in seine Heimat geschrieben hatte, zur Wägung und Enthaltung von regierungsförmlichen Handlungen antrieben. Die Rede Schulze's war der Glanzpunkt der Vertheidigung; ihre staatsrechtlichen Ausführungen entlockten dem öffentlichen Ankläger das merkwürdige Bekenntnis, daß die Anlage nicht von konstitutionellen, sondern von absolutistischen Standpunkte ausgehe, da im November 1848 eine wirkliche Verfassung nicht existirt habe.

In der Zwischenzeit war er zum zweiten Male von seinem heimathlichen Kreise nach Berlin, und zwar in die zweite Kammer, entsendet worden. Während des kurzen Bestehens derselben betätigte er namentlich seine berufliche Verbindung bei der Abkündigung über den Antrage der Reichskammer seitens des Reichs und über die deutsche Reichsverfassung. Im hiesigen Reich vertrat er damals die Einigung Deutschlands und die geschichtliche Sendung Preußens als leitenden Staates von Deutschland.

Durch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit im Jahre 1849 verlor er seine einträgliche Stellung und fand sich zum Eintritt in den Staatsdienst, den er sich acht Jahre später ausdrücklich vorbehalten hatte, benommen, nicht ohne die Ahnung, daß er manchen Ehrentagen ausgesetzt sein würde. Nach langem Warten erfuhr er endlich, daß er nach dem — halb politischen halb jüdischen — Weisem verlegt sei. Obgleich er das Drückende der Verfügung empfand, lag ihm sehr daran in ein Amt einzutreten, da er seine aus beglücktem Hause kommende Braut, die er als Landbote in Berlin kennen gelernt hatte, heimzuführen gedachte. In Weisem gelang es seiner großen Arbeitkraft, einen noch aus der politischen Zeit des vorigen Jahrhunderts stammenden Prozeß, in dem sich heutzutage Affenspiege angeammelt hatten, wieder in Gang zu bringen. Seine Thätigkeit wurde von Direktor und Kollegen am Gericht so geschätzt, daß ihm trotz des Widerstrebens des Justizministers ein Urlaub d. J. 1861 nicht vorzuzulassen werden konnte. Nur nach Dehlig's sollte er nicht gehen dürfen und doch trieb es ihn in die Heimat, wo ihn seine Freunde jubelnd empfingen. Er sollte nur für seinen Ungehorsam durch die Einbuße eines Monatsgehalts gestraft werden, so forderte es der Herr Justizminister; indes Schulze erklärte, daß wenn sein (obnedies färglicher) Gehalt aus nur um einen Groschen gekürzt würde, er seinen Abschied aus dem Dienste eines Staates verlangen werde, der einen Minister solche Willkür erlaube. Da Simons unbeeidig blieb, verließ Schulze wirklich den Staatsdienst. Spätere Gesuche um Zulassung als Rechtsanwalt wurden ihm nicht einmal beantwortet. Von Weisem siedelte er mit seiner Familie, die inzwischen durch die Ankunft eines Sohnes erfrischlichen Zuwachs erfahren hatte, sofort wieder nach Dehlig über, wo er sich durch allerlei juristische Arbeiten, z. Th. als Mitarbeiter eines Rechtsanwalts, ein anständiges Einkommen verschaffte. Das 30-jährige Amtsjubiläum, das sein greiser Vater 1852 beging, ist durch die Rede bemerkenswerth, die Schulze als Aeltester Sohn der Familie auf dem Feste hielt und die so recht ein Bild von dem gleich, was während der Jahre mit Simons in ihm vorgeing. Der Gegensatz zwischen altem und neuem Beamtenhumor wird in ihr so treffend gezeichnet und es fließt so viel auch für die Gegenwart gesprochene Wahrheit

